

# Die Lage der Gewerkschaften der USA

Autor(en): **Adam, Robert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **64 (1972)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-354551>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Die Lage der Gewerkschaften der USA

*Robert Adam*

Das amerikanische Bundesarbeitsministerium (US Department of Labor) gab vor kurzem die *Mitgliederzahl der Gewerkschaften der USA* von 1950 bis 1970 bekannt:

Jahr	Gewerkschaftsmitglieder
1950	14 267 000
1955	16 802 000
1960	17 049 000
1965	17 299 000
1970	19 400 000

Bei der Zunahme der Bevölkerung und der Berufstätigen, die trotz einer Arbeitslosenquote von 6,1 Prozent des Bestands der Arbeitskräfte im Dezember 1971 mit 80 130 000 Personen den Höchststand in der Geschichte der USA erreicht haben, ist jedoch, gemessen an der Gesamtzahl der nicht landwirtschaftlich Beschäftigten, ein Rückgang im Organisationsgrad zu verzeichnen:

Jahr	Gewerkschaftsmitglieder in Prozent der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräfte
1950	31,5
1955	33,2
1960	31,4
1965	28,4
1970	27,4

Gewerkschaftsführer sehen den Grund für diesen Rückgang in der Haltung vieler Jugendlicher, die von den schweren Kämpfen früherer Zeiten um die Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Partner im Wirtschaftsleben nichts wissen, die schwere Depression der dreissiger Jahre nicht miterlebt haben und vielfach davor zurückschrecken, die Aufnahmegebühren in der durchschnittlichen Höhe von 20 Dollar (= 80 Fr.) und später die regelmässigen Beiträge zu bezahlen. Wenn aber Streik oder Arbeitslosigkeit Platz greifen, bereuen viele ihr Versäumnis, da ihnen die bei den meisten Gewerkschaften nicht unbeträchtliche Unterstützung nicht zukommt. *George Meany*, der langjährige Leiter der Dachorganisation AFL – CIO (American Federation of Labor – Congress of Industrial Organization) ist über diese Entwicklung nicht besorgt. Er weist in einem Interview mit der Wochenzeitschrift «US News and World

Report», das in der Ausgabe vom 21. Februar 1972 veröffentlicht wurde, darauf hin, dass die amerikanischen Gewerkschaften niemals den gewerkschaftlichen Organisationsgrad hatten wie England, die skandinavischen Länder oder Deutschland; von Deutschland mehr als von England haben nach seiner Aussage die amerikanischen Gewerkschaften in ihrem schweren Kampf um Gleichberechtigung ihre Prinzipien übernommen. Unter *Samuel Gompers* Leitung haben sie die ersten grossen Erfolge erreicht, obwohl die Mitgliederzahl im Vergleich zur heutigen sehr gering war. Der organisierte Arbeitnehmer allein ist es, der zählt. Auch bei dem geringeren Hundertsatz der Organisierten hat die amerikanische Arbeitnehmerschaft unter allen Ländern weitaus den höchsten Lebensstandard erreicht.

Ueber die *15 grössten Gewerkschaften* geben das Arbeitsministerium für das Jahr 1960, die Gewerkschaften für das Jahr 1971 die folgenden Mitgliederzahlen an; in der Reihenfolge sind die Gewerkschaften nach dem jetzigen Stand aufgeführt:

	Mitgliederzahl 1960	Mitgliederzahl 1971	Zunahme (+) oder Abnahme (-) in %
Lastkraftwagenführer (teamsters)	1 484 400	2 020 000	+ 36
Automobilarbeiter	1 136 100	1 350 000	+ 19
Stahlarbeiter	1 152 000	1 200 000	+ 4
Arbeiter in der Elektroindustrie	771 000	977 295	+ 27
Maschinisten	898 100	900 000	+ 0,2
Zimmerer (carpenters)	800 000	808 000	+ 1
Schwerarbeiter (laborers)	442 500	650 000	+ 47
Angestellte im Kleinhandel	342 000	650 000	+ 90
Metzger	436 000	550 000	+ 26
Arbeiter im Dienst von öffentlichen Körperschaften	210 000	525 000	+ 150
Arbeiter im Fernmeldewesen	259 900	500 000	+ 92
Bedienungspersonal (service employes)	272 000	480 000	+ 76
Personal in Hotels und Restaurants	443 000	450 000	+ 2
Weibliche Bekleidung	446 600	442 300	-- 1
Techniker (operating engineers)	291 000	400 000	+ 37

Man wird in der Reihe der 15 grössten Gewerkschaften manche bedeutende Wirtschaftszweige vergeblich suchen. Zum Beispiel ist wegen der starken Mechanisierung des Bergbaus die Mitgliederzahl bei den Bergarbeitern von 600 000 im Jahre 1960 auf gegenwärtig 195 000 gesunken, bei den Eisenbahnen und Schiffen um 300 000 im Jahr 1960 auf 280 000.

Die grösste Zunahme der Mitgliederzahl ist aus der Aufstellung nicht zu erkennen. Sie entfällt auf die öffentlich Bediensteten, unter denen die Lehrberufe den grössten Teil einnehmen. Im Gegensatz zur Bezeichnung «union» (Gewerkschaft) werden ihre Zusammenschlüsse «professional organizations» (also Berufsverbände) genannt. Die Mitgliederzahl hat sich seit 1960 mehr als verdoppelt, von ungefähr einer Million zu mehr als 2,3 Millionen heute. Wenn man sie in die Gewerkschaften einrechnet, sind etwa 30 Prozent der nichtlandwirtschaftlich Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. In vielen Gliedstaaten ist ihre Fähigkeit, die Arbeitnehmergruppe als Ganzes zu vertreten (collective bargaining) noch nicht anerkannt. Auf das *Gewicht bei Lohnverhandlungen* hat der Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades keinen negativen Einfluss ausgeübt. Im Jahr 1971 betrug die durchschnittliche Lohnsteigerung 39,8 Cents pro Arbeitsstunde gegenüber 12,1 Cents im Vorjahr. Seit 1950 bis Ende 1971 stieg der durchschnittliche Wochenlohn um 158 Prozent; aber infolge der Inflation hat der Arbeitnehmer nur einen Realgewinn von 35 Prozent erreicht.

*Streiks* fanden im Jahr 1971 weniger statt als im Jahr 1970. Mit 4900 grösseren Streiks ist nach einem Bericht des Arbeitsministeriums die geringste Zahl seit 1967 festgestellt. Aber der langanhaltende Streik der Hafendarbeiter insbesondere an der Westküste, der erst am 21. Februar 1972 beendet wurde, hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft des ganzen Landes. Als die von Präsident Nixon verhängte Abkühlungsperiode von 80 Tagen, die er nach dem Taft Hartley Act von 1947 nur einmal verhängen kann, abgelaufen war, begann der Streik an der Westküste am 17. Januar 1972 von neuem, worauf Nixon den Kongress ersuchte, den Streik durch ein spezielles Gesetz zu beenden, was bei Eisenbahnerstreiks in früheren Jahren einige Male notwendig wurde. Der Kongress ist auf diesen Vorschlag des Präsidenten bis zur Beendigung des Streiks nicht eingegangen.

Es ist von besonderem Interesse, dass ein Mann wie Meany, der seit vielen Jahren in der Gewerkschaftsbewegung eine führende Stellung einnimmt, grundsätzlich nicht gegen *Zwangsschlichtung* von Streiks ist. Er sagte in dem erwähnten Interview:

«Heute hat der Arbeiter ein kleines Haus, vielleicht Kinder, die in ein ‚college‘ gehen. Wenn er von einem Streik betroffen wird, ist er nach einer Woche in finanzieller Bedrängnis. So würden wir gern Streiks vermeiden.»

Den Weg dazu sieht er in Verhandlungen mit der Arbeitgeberschaft, die schon 90 Tage vor Ablauf eines Tarifvertrages beginnen müssten. Unerledigte Punkte sollten der Zwangsschlichtung unterworfen werden; der Arbeitsvertrag müsste dann etwa für ein Jahr unter den von der Schlichtungsinstanz getroffenen Bestimmungen fortgelten. Erst nach Ablauf dieses Jahres wäre der Weg zum Streik

offen. Gegen eine Gesetzgebung, die Streiks ganz ausschliessen würde, verhalten sich Meany und mit ihm alle Gewerkschaften streng ablehnend.

In beiden Häusern des *Kongresses* hat die Arbeiterbewegung weniger durch den Gewerkschaften angehörende Abgeordnete und Senatoren als durch Vertreter, die mit den Kongressmitgliedern enge Verbindung halten, starken Einfluss. In den Ausschüssen des Senats und des Abgeordnetenhauses, in denen die Gesetzesvorschläge vor Zuleitung an das Plenum beraten werden, haben Gewerkschaftsvertreter Gelegenheit, ihren Standpunkt darzulegen. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Kongresses kann ein gewerkschaftsfeindliches Gesetz nicht auf Annahme rechnen. Allerdings ist es den jahrelangen Bestrebungen nicht geglückt, den durch das Taft Hartley Act von 1947 verbotenen «closed shop» wieder einzuführen, der die Unternehmer verpflichtete, nur Gewerkschaftsmitglieder einzustellen. Hingegen wurde die weniger strenge Form des «union shop» aufrechterhalten, bei der der Arbeitgeber frei ist in der Auswahl der Arbeitnehmer; jedoch müssen diese innerhalb einer bestimmten Frist, meist von 30 Tagen, der Gewerkschaft beitreten und Mitglieder bleiben, widrigenfalls die Gewerkschaft die Entlassung verlangen kann. Als stärksten Rückschritt empfanden und empfinden die Gewerkschaften die Ermächtigung des Taft Hartley Act an die Gliedstaaten, auch den «union shop» zu verbieten, d. h. ein Gesetz zu erlassen, das es verbietet, die Einstellung eines Arbeitnehmers von dem in kurzer Zeit nachfolgenden Eintritt in die Gewerkschaft abhängig zu machen.

Bei den *Wahlen* unterstützen die Gewerkschaften finanziell ihnen nahestehende Kandidaten verhältnismässig wenig. Die Mittel werden überwiegend dazu verwendet, die Mitglieder auf Grund der sorgfältig geführten Register aufzufordern, sich in die Wahllisten eintragen zu lassen und ihre Stimme im gewünschten Sinn abzugeben. Bei der bevorstehenden Präsidentenwahl im November 1972 setzt sich Meany, der mit Präsident Nixon zwar in rein persönlich guten Beziehungen steht und viel im Weissen Haus verkehrt, für einen Demokraten ein. Bei dem verhältnismässig geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad ist er aber keineswegs sicher, dass die Arbeiterschaft im ganzen seinen Standpunkt teilt. Im übrigen lässt sich der Amerikaner bei Wahlentscheiden von niemandem beeinflussen.

Im allgemeinen halten sich die amerikanischen Gewerkschaften von einer *Uebernahme politischer Verantwortung* fern. Würden sie in der Demokratischen Partei im Kongress eine ausschlaggebende Rolle einnehmen, könnten sie den Interessen der Arbeiterschaft weniger Beachtung schenken; Meany gibt offen zu, dass die Gewerkschaften gar nicht imstande wären, in der Regierung eine ausschlaggebende Rolle zu spielen.

Mit *Rebellen innerhalb der Gewerkschaften* hat die Führung manche Not. Die Gewerkschaftsführer geben wohl nicht ganz mit Recht der Landrum-Griffin Bill von 1959 die Schuld, die mit den mancherlei Missständen aufräumen wollte, die im Gewerkschaftsleben im Laufe der Zeit eingerissen waren (Diktatur von einzelnen Führern, Nichtbeachtung der Statuten, Stimmrechtberaubung, Missbrauch von gewerkschaftlichem Vermögen). Es wurden den Gewerkschaftsmitgliedern verschiedene Rechte zur Kontrolle der Führung eingeräumt, die wiederum zu manchen Ausschreitungen geführt haben, zu wilden Streiks, zur Nichtbefolgung gewerkschaftlicher Beschlüsse, zu übertriebenen Forderungen der Negermitglieder. Diese Bewegungen haben jedoch ebenso nachgelassen wie die Negerrevolten in den Grossstädten und die Studentenunruhen an den Universitäten.

Die grösste Sorge bereitet gegenwärtig die *Arbeitslosigkeit*, die trotz aller Massnahmen der Regierung, die Wirtschaft durch Steuererleichterungen zu vermehrter Produktion und zur Einstellung von Arbeitskräften anzuregen, sich noch auf der gleichen Höhe von etwa 6 Prozent des Bestands der Arbeitskräfte wie vor einem Jahr bewegt. Wenn es Nixon nicht gelingt, bis November 1972 diese Quote herabzudrücken und die Inflation wirksamer zu bekämpfen, ist seine Wiederwahl fraglich. Auch hier ist Meany's Meinung von Interesse. Er gibt zu, dass Lohnerhöhungen zur Inflation beitragen; aber nicht weniger gelte das für die steigenden Preise, die hohen Zinssätze, die hohen Honorare der Aerzte und Rechtsanwälte, die Kapitalgewinne aus Grundbesitz. Meany ist grundsätzlich nicht gegen die Fixierung der Löhne und Preise eingestellt, die Nixon für drei Monate mit seiner Botschaft vom 15. August 1971 angeordnet hat und die seit dem 15. November durch eine weniger strenge Ueberwachung der Preise und Löhne ersetzt worden ist. Mit der Praxis der zur Ueberwachung eingesetzten Kommissionen ist er allerdings nicht zufrieden. Um die Arbeitslosigkeit auf einen Stand von etwa 2,5 Prozent zu bringen, müssten täglich 30 000 neue Arbeitsplätze beschafft werden. Die von Nixon ausgegebene Parole, schon bei einer Quote von 4 Prozent Vollbeschäftigung anzunehmen, lehnt Meany entschieden ab. Er sieht eine Hilfe in der Beschränkung amerikanischer Investitionen im Ausland, die den amerikanischen Arbeitsmarkt schädigen, indem sie gewissermassen Arbeitsstellen exportieren, in der Beschränkung der Einfuhr durch Zölle und Importquoten. Eine Minderung des Aussenhandels würde nach seiner Meinung die USA nicht allzu sehr berühren, da dieser nur etwa 4 Prozent des Sozialprodukts ausmache. Mit diesen Vorschlägen steht Meany im Gegensatz zur Politik Nixons und zur Einstellung der meisten Wirtschaftskreise.